

Osttimor-Konferenz gesprengt

Mitglieder von Jugendorganisationen der drei wichtigsten Regierungsparteien Malaysias stürmten am 9. November die gerade eröffnete 2. Asien-Pazifik-Konferenz zu Osttimor (APCET II) in Kuala Lumpur. Trotz der Bitte von Seiten der Regierung, die Konferenz nicht abzuhalten, um "Malaysias gute Beziehungen zu Indonesien zu schützen", waren 113 Teilnehmer/innen, darunter 47 Ausländer im Asien-Hotel zusammengekommen, um über die Osttimor-Frage hinter verschlossenen Türen zu diskutieren.

Angeführt von einigen bekannten Persönlichkeiten wurden die Türen zum Konferenzsaal von einigen Hundert Mitgliedern der Jugendorganisationen der malaiischen *UMNO Baru*, der *Malaysian Chinese Association* und dem *Malaysian Indian Youth Congress* eingetreten. Teilnehmer der Konferenz berichten von Einschüchterungen und tätlichen Bedrohungen. Die Polizei verhaftete alle Konferenzteilnehmer/innen und sieben Demonstranten.

Die Ausländer wurden ausgewiesen; viele der einheimischen Konferenzteilnehmer wurden mehrere Tage in Untersuchungshaft festgehalten und die letzten zehn erst am 15. November aufgrund einer Entscheidung des *High Court* gegen Kautions wieder freigelassen. Die formelle An-

klage steht bisher noch nicht fest. Als einzig mögliche Anklage kommt die "Weigerung, eine Versammlung aufzulösen" in Frage. Dieser Vorwurf wird von den Verhafteten energisch bestritten. Die Forderung der Oppositionspartei im Parlament nach einer Anklage gegen die Demonstranten blieb bisher unbeantwortet.

Der Stellvertretende Premierminister Anwar Ibrahim hat eingeräumt, daß die geschlossene Veranstaltung legal gewesen war, auch wenn er es bedauerte, daß die Veranstalter nicht der Aufforderung der malaysischen Regierung nachgekommen sind, die Konferenz abzusagen. Premierminister Mahathir Mohamad hatte die Durchführung der Konferenz als "unverantwortlich" bezeichnet, es aber dem Vorsitzenden der *UMNO*-Jugend, Zahid Hamidi, überlassen, die Verantwortung für den Aufruf zur Verhinderung der Konferenz zu übernehmen. Diese Entscheidung und die Unzivilisiertheit mit der sie durchgeführt wurde, ist auf weite Kritik selbst aus Regierungskreisen gestoßen. Andererseits haben insbesondere die malaiische Presse und einige Unterstützer der Regierung die Aktion vehement verteidigt.

vgl. *Sun* 13.11.96; *NST* 18.11.96; *AW* 22.11.96; *APCET II Presseerklärung*



Demonstranten sprengen die Osttimor-Konferenz in Kuala Lumpur

aus: *FEER* v. 21.11.96, S. 17

Bakun-Projekt schreitet voran

Mit der Unterschrift unter den Vertrag zum Bau des Bakun-Wasserkraft-Projektes und das Auflegen neuer Aktien der Bakun Hydroelectric Company (BHEC) an der Börse in Kuala Lumpur scheint trotz starker Kritik das Projekt entsprechend den Regierungsplänen voranzugehen. Wenn auch die Unterschriftszeremonie zwischen dem Hauptkontraktor, EKTRAN, und der zur Durchführung beauftragten schwedisch-schweizerischen Firma Asea Brown Boveri (ABB) wegen einer Erkrankung des EKTRAN-Chefs, Ting Pek Khiing, verzögert wurde, sind sich die Befürworter des Projektes der vollständigen Durchführung sicher.

Aktien im Wert von insgesamt M\$ 4 Mrd. sollen zur Finanzierung des Projektes aufgelegt werden, da internationale Finanzinstitute sich zurückhaltend gezeigt hatten. Davon sind 10 Prozent für ausländische Investoren vorgesehen, EKTRAN soll 32 Prozent übernehmen, die von der Landesregierung kontrollierte, wenn auch private Sarawak Electricity Supply Company (SESCO) 28 Prozent, das nationale Elektrizitätsunternehmen Tenaga Nasional und die Rentenversicherung für Angestellte jeweils 5 Prozent und einheimische Investoren mindestens 15 Prozent.

Kritiker halten das 15-Mrd.-Projekt für überflüssig, umwelt- und sozialschädlich und finanziell nur durch Subventionen aus öffentlichen Geldern und höheren Stromrechnungen tragbar. Mit Bakun wurde der billigste Strom versprochen, aber nach dem Abnahmevertrag mit Tenaga Nasional ist der Strom von Bakun der teuerste von allen Stromproduzenten im Land.

ABBs Beteiligung an dem Projekt stieß auf die Kritik von rund 200 bekannten, internationalen Nichtregierungsorganisationen (NRO) in der ganzen Welt, die in einem Brief ABB aufforderten, von einer Durchführung abzusehen. ABB hat kaum Anstrengungen unternommen, um unabhängige Gutachten über die Umwelt- und Sozialverträglichkeit zu erhalten. Sie hat sich auf die Umweltverträglichkeitsstudie der Landesregierung von

Sarawak gestützt, die laut Urteil eines malaysischen *High Court* nicht im Einklang mit malaysischem Recht steht. Angesichts ihrer Beteiligung an Bakun stellen die NRO heraus, daß ABBs Anspruch, umweltverträglich und sozial verantwortlich nachhaltige Entwicklung zu fördern, in Zweifel zu stellen ist. Das Projekt ist vom Finanzvolumen her das größte, das die Firma jemals angenommen hat.

vgl. *Star* 16.10.96

Burma-Politik

Malaysias Unterstützung für das SLORC-Regime in Burma stößt weiterhin auf Kritik aus dem In- und Ausland. Nach dem Protest von 29 malaysischen Nichtregierungsorganisationen zum offiziellen Besuch des burmesischen Premierministers General Than Shwe in Malaysia im August sind weitere Petitionen an die Regierung gegangen, welche ein Überdenken der Politik ASEANs gegenüber Burma forderten. Darin wurde insbesondere auf die Menschenrechtsverletzungen und Mißhandlungen unter den Muslim-Minderheiten hingewiesen.

Das Festhalten der Politik Malaysias an der schnellstmöglichen Erweiterung des ASEAN-Staatenbundes auf zehn Länder einschließlich Burmas steht im Einklang mit ihrer Politik der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von ASEAN-Staaten. Aber angesichts der letzten Repressionen gegen die NLD und Aung San Suu Kyi wurde die Frage aufgeworfen, auf wen sich die Formel "konstruktives Engagement" in der Burmapolitik bezieht. Kommentatoren haben nicht vergessen, daß Malaysia früher gegen das SLORC-Regime eingestellt war. Die aktuelle Befriedungspolitik geht einher mit dem Anstieg der zugesagten Investitionen aus Malaysia auf US\$ 446,27 Mio. allein in den ersten zehn Monaten dieses Jahres. Damit steht Malaysia auf dem 5. Platz der ausländischen Investoren in Burma.

vgl. *FEER* 29.8.96; *AW* 18.10.96

Kurzmeldungen

Malaysia ist zur Zeit **größter Investor in Kambodscha**. Neunzehn malaysische Firmen haben US\$ 132 Mio. in den ersten 9 Monaten dieses Jahres investiert, vorwiegend in Landwirtschafts- und Tourismusprojekte. (Star 16.10.96)

Tan Chee Koon ist im Oktober im Alter von 77 Jahren **gestorben**. Tan war von 1964 bis 1976 Mitglied des Parlaments der Oppositionsparteien *Labour Party*, *Gerakan* und später *Pekemas*. Seine aufrichtige Haltung und sein Eintreten für die Armen und Benachteiligten brachte ihm Respekt aus allen politischen Lagern ein. Die Reformbewegung ALIRAN widmete ihm eine ganze Ausgabe ihres Monatsheftes. (ALIRAN No. 8/96)

Zum Vorsitzenden der 51. Vollversammlung der Vereinten Nationen wurde Malaysias ständiger Vertreter, Tan Sri Razali Ismail, gewählt. Seine Amtszeit beträgt ein Jahr. Damit hätte Malaysia die Chance, Einfluß auf verschiedene Fragen zu nehmen, mit deren Behandlung "wir nicht einverstanden sind", sagte Premierminister Mahathir Mohamad dazu. (Bernama 24.9.1996)

Nach dem **Armutsbekämpfungsprogramm (Hardcore Poor Rehabilitation Programme)** sind 1995/96 insgesamt 36.821 Familien auf der Halbinsel Malaysia registriert worden, von denen 17.490 an einem Projekt der *Federal Land Consolidation and Rehabilitation Agency (FELCRA)* im nächsten Jahr beteiligt werden sollen. FELCRA soll 24.000 ha Land entwickeln. (NST 13.11.96)

Ausländische Investitionen in Malaysia haben in den ersten 7 Monaten eine Rekordhöhe von M\$ 21 Mrd. (DM 12,6 Mrd.) erreicht. Den größten Anteil bilden japanische und taiwanesischen Investitionen in der Elektronikbranche. In die Chemieindustrie wurde ebenfalls stark investiert. (Star 18.11.96)

Änderungen des Einwanderungsgesetzes

Die vom stellv. Innenminister, Mega Junid, vorgesehenen Änderungen des Einwanderungsgesetzes (immigration Act) haben erneut die Aufmerksamkeit auf die Probleme der Arbeitsmigranten und ihrer Anwesenheit gelenkt. Es sieht vor, Ausländer, die Einheimische heiraten, abzuschreiben, die Prügelstrafe bei einer illegalen Wiedereinreise nach einer Abschiebung für Arbeiter wie Schlepper sowie die Gefängnisstrafe für Arbeitgeber und Vermieter von illegalen Einwanderern vorzuschreiben.

Es gibt im Land geschätzte 1,75 Mio. Arbeitsmigranten bei einer Gesamtbeschäftigtenzahl von 8 Mio. Von ihnen sind nur rund 750.000 gemeldet. In der Bevölkerung wächst seit einiger Zeit die Fremdenfeindlichkeit gegenüber Arbeitsmigranten aus Bangladesch, Indonesien, Thailand und den

Philippinen. Ihnen werden alle Arten von kriminellen Delikten angehängt sowie vorgeworfen, sie würden einheimische Frauen heiraten, um einen legalen Status zu erhalten.

Laut Angaben des stellvertretenden Premierministers Anwar Ibrahim, waren 1995 Ausländer in weniger als 6% aller schweren kriminellen Delikte verwickelt. Außerdem seien es dabei viel weniger Bangladeschis als Indonesier. Lediglich 1000-2000 Eheschließungen von Ausländern mit einheimischen Frauen hat es gegeben. Die Tochter von Premierminister Mahathir, Marina Mahathir schrieb in der Tageszeitung *Star*, die Idee, ungelernete Ausländer abzuschreiben, die einheimische Frauen heiraten, sei rassistisch und sexistisch.

vgl. FEER 31.10.96 S. 17f; NST 14.11.96

UMNO-Parteitag

Auf dem Parteitag der regierenden malaisischen UMNO Baru vom 9.-12.10. bewies ihr Präsident, Premierminister Mahathir Mohamad, erneut, daß er die Partei voll unter Kontrolle hat. Seine Wiederwahl stand ohne Gegenkandidat ohnehin nicht in Frage. Für Beobachter ging es mehr darum, welche Positionen die Anhänger seines Stellvertreters, Anwar Ibrahim, erhalten würden. Dieser mußte hier eine Schlappe einstecken. Die "Mahathir-Leute" erhielten 80% der 25 Sitze im Obersten Parteirat. Seine Position als Stellvertreter Mahathirs und voraussichtlicher Nachfolger ist bisher jedoch nicht in Frage gestellt.

vgl. FEER 24.10.96

Hafenausbau

Malaysia will einen großen Westhafen in Port Kelang an der Straße von Malakka bauen, um damit einen Teil des Handels vom benachbarten Singapur zurückzugewinnen. Westport soll bis zum Jahr 2000 einer der zehn größten Häfen der Welt sein. Sein Erfolg soll darauf beruhen, daß Port Kelang zu einem riesigen Umschlaghafen wird. Er soll der einzige Hafen sein, der bei Ankunft der Schiffe sofort einen Liegeplatz zur Verfügung hat und in dem Massengüter umgeladen werden können. Investitionen in Höhe von M\$ 1,3 Mrd. für High-tech und eine Verteileranlage sowie eine Freihandelszone sind Teil des Projektes.

vgl. STW 14.9.96

Wahlen im Bundesstaat Sarawak

Bei den Wahlen zum Landesparlament im Bundesstaat Sarawak am 7. und 8. September erhielt die regierende Nationale Front 57 der 62 Mandate. Bereits 15 Jahre im Amt, wird Ministerpräsident Taib Mahmud von der Parti Pesaka Bumiputera Bersatu (PBB) weiterhin die neue Landesregierung führen. Die Koalition der Nationalen Front in Sarawak besteht aus den vier folgenden Parteien, der PBB, der Sarawak United People's Party (SUPP), der

Parti Bansa Dayak Sarawak (PBDS) und der Sarawak National Party (SNAP), die nur in Sarawak aktiv sind. Die großen Regierungsparteien im Bundesparlament sind in Sarawak nicht vertreten. Dafür ist es zum ersten Mal in 18 Jahren der in den meisten Bundesstaaten Malaysias aktiven oppositionellen Democratic Action Party (DAP) gelungen, drei Mandate zu erringen. Zwei Unabhängige zogen ebenfalls ins Parlament ein.

vgl. FEER 12.9., S. 22ff, 19.9.96, S. 13

Kurzmeldungen

Umstritten ist der Vorstoß der Landesregierung des Bundesstaates Selangor, der die **Heirat einer zweiten Frau für Muslime erleichtern** soll. Der Mann benötigt danach nicht mehr die Einwilligung seiner ersten Frau. Insbesondere Frauenorganisationen, unter der Führung der Frau des Premierministers, Dr. Siti Hasmah, griffen den Vorschlag als ungerecht an. Ferner waren sie aufgebracht über die Begründung des Vorschlags: Er solle die Männer vom Laster fernhalten. (STW 2.11.96; AW 1.11.96 S. 7)

Änderungen des Landenteignungsgesetzes sollen den Landesregierungen die Möglichkeit nehmen, Land enteignen zu können, egal wofür es gebraucht wird. Das bereits 1990 geänderte Gesetz war umstritten. Die Änderungen sollen ein "fares und gerechtes" Verfahren sicherstellen und das Recht auf Berufung einräumen. (Star 17.11.96)

Die staatliche Ölgesellschaft **PETRONAS** will gemeinsam mit der französischen Ölgesellschaft TOTAL in ein US\$ 600 Mio. Projekt **im Iran investieren**. Petronas soll dabei einen 30%igen Anteil übernehmen. Die US-Regierung droht allen Firmen, die solche Projekte im Iran abwickeln, mit Sanktionen. Solche Drohungen werden von der Unternehmensleitung entweder heruntergespielt oder als *bullying* (Schikane) bezeichnet. (FEER 29.8.96)

Premierminister Mahathir Mohamad hat der *Peoples Action Party* (PAP) von Singapur vorgeworfen, in der Diskussion über einen möglichen Zusammenschluß zwischen Singapur und Malaysia (vgl. SOAI 3/96, S. 35), **Malaysia als Buhmann** zu benutzen, um Stimmen unter den chinesischstämmigen Singaporeanern zu fangen, die einen Zusammenschluß nicht wollen. (FEER 26.9.96)